



## Deutschbefehl auf dem Pausenplatz

Seit Ende Oktober darf auf dem Schulareal der Kreisschule Reinach-Leimbach nur noch Deutsch gesprochen werden.

Natasha Hähni

Reinach hat mit knapp 42 Prozent einen der höchsten Ausländeranteile im Kanton. In der Folge wachsen viele Kinder in der Gemeinde mit einer nicht deutschen Muttersprache auf. Darauf reagiert nun die Kreisschule Reinach-Leimbach: «Unsere Schule legt grossen Wert darauf, dass auf dem gesamten Schulareal Deutsch gesprochen wird. Die Lehrpersonen werden in Zukunft besonders darauf achten, dass die Kinder diese neue Regel einhalten», schreibt Gemeinderat Bruno Rudolf im Dorfheftli. Die Kinder sollen demnach in Schulzimmern, Gängen und auf dem Pausenhof ab sofort nur noch Hochdeutsch oder Mundart sprechen – mit dem Ziel, «dass möglichst viele Kinder möglichst gute Chancen in der Schule und später auf dem Arbeitsmarkt haben».

Vor den Herbstferien haben die Lehrpersonen den Kindern die neue Regel mitgeteilt. Die Eltern wurden Ende Oktober per Brief und Erklärvideo über die Sofortmassnahme informiert. Im Brief wird festgehalten, dass Schülerinnen und Schüler weniger gut Deutsch können als früher und zahlreiche Kinder auch innerhalb des Schulbetriebs eine andere Sprache sprechen: «Das erfüllt uns mit Sorge.»

### Deutsch in Schulzimmern sei nicht genug

Wie Gesamtschulleiter Hanspeter Draeyer gegenüber der AZ ausführt, seien zwei konkrete Erlebnisse schliesslich Auslöser für die Einführung des Fremdsprachenverbots gewesen – beide in Kindergärten. «Wir konnten beobachten, dass beim freien Spiel immer die drei gleichen Kinder zusammen spielten und andere Kinder keinen Zugang zu diesem Grüppchen hatten», so Draeyer. Die drei Kinder hätten alle Italienisch und nicht oder äusserst wenig Deutsch gesprochen.

Das zweite Ereignis beschreibt der Gesamtschulleiter so: «Ich hörte einen Knaben auf dem Turm eines Spielschlosses anderen zwei Knaben etwas laut zurufen. Ich verstand nicht, was



Die Kinder der Kreisschule Reinach-Leimbach sollen auf dem Schulareal nur noch Deutsch sprechen.

Symbolbild: Christian Beutler/Keystone

er gerufen hatte, und fragte ihn danach.» Der Junge habe ihm in «breiter Wynentaler Mundart» erklärt, dass er seinen Freunden auf Albanisch gesagt habe, sie sollen eine gewisse Strecke rennen. Auf Deutsch würden sie ihn nicht verstehen. «Der Schweizer Knabe war im zweiten Kindergartenjahr und hatte demnach im ersten Kindergartenjahr Albanisch gelernt von seinen Spielkameraden, die in grosser Überzahl in seiner Kindergartenklasse waren!», so Draeyer.

Hinzu komme, dass der Sprachstand an der Schule Reinach schon lange ein Thema sei. In der Vergangenheit seien bereits «grosse Anstrengungen» unternommen worden, damit Kinder aus anderen Sprachregionen gut und schnell Deutsch lernen. «Diese werden wir in Zukunft noch markant verstärken.» Die Schule sei der klaren Auffassung, dass es nicht reiche, die Sprache nur im Unterricht zu sprechen.

Anders sieht das Reinachs Nachbargemeinde Menziken. Mit einem Ausländeranteil von rund 39 Prozent ist die Schule mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert. Schulleiter Bruno Schaller sagt: «Kinder aus 36 Nationen besuchen unsere Schule. Zu Hause werden 29 Sprachen gesprochen.» Ein Verbot, andere Sprachen als Deutsch zu sprechen, sei aber weder in Kraft noch in Planung. Stattdessen ist Deutschförderung an der Schule Menziken zentral. «Dafür setzen wir 174 Lektionen pro Woche ein.»

An der Regionalschule Lenzburg stellt die Thematik gemäss Schulleitung kein Problem dar, entsprechend seien auch keine Regelungen oder Massnahmen nötig, heisst es auf Anfrage. Lenzburg hat einen Ausländeranteil von knapp 29 Prozent.

Auch an der grössten Aargauer Schule gibt es keinen Deutschbefehl ausserhalb des Unterrichts, wie Philip Wernli, Leiter Bereich Schule der Kreis-

schule Aarau-Buchs (KSAB), bestätigt. Das, obwohl Mehrsprachigkeit im Unterricht und im Zusammenhang mit den Eltern täglich eine Herausforderung sei. «Wir begegnen dieser Vielfalt mit verschiedenen Hilfsmitteln und Massnahmen als Teil unseres Integrations- und Bildungsauftrags», so Wernli.

### Missachtung der Regel hat keine Strafe zur Folge

Obwohl Beobachtungen auf dem Schulhof Auslöser für das Sprachverbot waren, ist an der Kreisschule Reinach-Leimbach laut Hanspeter Draeyer nicht die Mehrsprachigkeit auf dem Schulareal das Problem. Es gehe darum, dass Schülerinnen und Schüler die deutsche Sprache im Alltag mehr anwenden. Im Elternbrief heisst es denn auch: «Pflegen Sie die Muttersprache Ihres Kindes, aber helfen Sie ihm dabei, idealerweise ab dem zweiten Lebensjahr möglichst gut Deutsch zu lernen.» Weiter sollen Spiele und

Medien auf Deutsch gespielt oder geschaut werden und die Kinder an die Deutschpflicht auf dem Schulareal erinnert werden. Denn: «Vergessliche Kinder werden durch die Pausenaufsicht daran erinnert, Deutsch zu sprechen.» Weitere Konsequenzen wie Strafaufgaben habe das Verwenden einer anderen Sprache aber nicht, sagt Gesamtschulleiter Draeyer.

Vor rund zwei Jahren hat in diesem Zusammenhang ein Fall aus dem deutschen Baden-Württemberg Schlagzeilen gemacht. Weil ein damals neunjähriges Mädchen auf dem Schulhof Türkisch mit ihrer Freundin sprach, musste sie auf einer halben Seite begründen, warum in der Schule nur Deutsch gesprochen wird, wie der «Spiegel» schrieb. Die Eltern nahmen sich darauf einen Anwalt. Zwei Jahre nach dem Vorfall wurde der Rechtsstreit mit einem Vergleich beigelegt. In diesem gesteht die Schule, dass die Strafarbeit rechtswidrig war.

Kommentar

### Verbot löst keine Probleme

Lehrpersonen, die Kinder zu Beginn ihrer schulischen Laufbahn unterrichten, stehen vor einer grossen Herausforderung. Sie müssen Schülerinnen und Schüler mit den unterschiedlichsten Hintergründen auf einen ähnlichen Wissensstand bringen. Dabei spielt die deutsche Sprache in der Schweiz eine zentrale Rolle. Gerade hier variieren die Voraussetzungen und somit das Niveau im Kindergarten- und Primarschulalter stark. Den Kindern zu verbieten, andere Sprachen zu sprechen, ist in diesem Zusammenhang aber keine gute Lösung.

Ein fünf- oder sechsjähriges Kind wird wegen eines Fremdsprachenverbots wohl nicht plötzlich mehr Deutsch sprechen – im Gegenteil. Wird die Muttersprache als «falsch» oder «schlecht» eingestuft, kann die Motivation, sich überhaupt auszudrücken, gehemmt werden. Kinder finden einen Weg, sich zu integrieren. Zum Beispiel mit der Hilfe von Gspändli. Wird Deutsch im Unterricht oder in speziellen Programmen geübt und seine Relevanz auch Eltern immer wieder vermittelt, wird ein Kind früher oder später Deutsch lernen. Schliesslich ist diese Schulstufe eine der enthusiastischsten Altersgruppen. Ein gutes Beispiel ist «Deutschförderung vor dem Kindergarten», welche auch in der Region AargauSüd erfolgreich eingeführt wurde.

Wird die Muttersprache im Prozess nicht unterdrückt, eröffnet man den Kindern auch im Berufsleben Möglichkeiten. Mehrsprachigkeit sollte deshalb gefördert statt unterbunden werden.



Natasha Hähni  
natasha.haehni@chmedia.ch

## Budget: Auch Mitte sagt Nein

Nach der FDP und der SVP lehnt auch «Die Mitte» das Budget 2023 ab.

**Aarau** Die Partei «Die Mitte» hat ihre Parolen für die städtischen Abstimmungen vom 27. November gefasst. Sie lehnt das Budget ab. «Der Aarauer Stadtrat mit Vize-Stadtpäsident Werner Schib hat fundiert und anhand nachvollziehbarer Argumente einen Steuerfuss von 94 Prozent vorgeschlagen», heisst es in der Mitteilung der Partei. Sie zitiert ihren Einwohnerrat Lukas Häusermann dahingehend, dass «dieser nachhaltige und moderate Steuerfuss ohne jegliche Einbussen bei den diversen und umfangreichen Angeboten der Stadt Aarau sinnvoll» sei. Aus diesem Grund empfehle die

Mitte «ein Nein zum im Einwohnerrat ohne sachliche Argumente zustande gekommenen Steuerfuss von 96 Prozent.» Aktuell hat die Stadt einen Steuerfuss von 97 Prozent.

Die anderen beiden Vorlagen, die die Stadt zur Abstimmung bringt, empfiehlt die Mitte zur Annahme. Das Projekt «Frühe Kindheit» habe sich bewährt und soll weitergeführt werden, schreibt die Partei. Das KIFF-Neubauprojekt mache «einen ausgereiften und guten Eindruck». Damit die Institution KIFF weiterleben könne, benötige es den Investitionsbeitrag der Stadt. (nro)

## Das sind die Pläne der Stiftung Schürmatt

Die Geschäftsführerin informiert über Bauprojekte, neue Angebote und den Fachkräftemangel.

Natasha Hähni

Die Stiftung Schürmatt hat grosse Pläne: «78 Wohn- und 72 Arbeitsplätze werden im Rahmen des Projekts «Ersatzneubauten Zetzwil» bald in Gontenschwil, Menziken und Zetzwil gebaut», das verriet Geschäftsführerin Anke Müller im Juli gegenüber der AZ. Wie sie nun auf Anfrage erzählt, wird die definitive Entscheidung für den Standort Menziken an der kommenden Kirchgemeindeversammlung vom 22. November 2022 in Unterkulm getroffen. Weil die Kirchgemeinde Menziken-Reinach der Stiftung

das Bauland erst angeboten hat, erhofft man sich ein positives Ergebnis. Im Frühling 2023 wolle man dann den Projektantrag beim Kanton einreichen. Fertiggestellt werden sollen die drei Neubauten bis im Jahr 2026. «Das Projekt hat Priorität bei uns, weil die in den 60er-Jahren erbauten Gebäude nicht mehr den aktuellen Anforderungen entsprechen», so Müller.

Im kommenden Sommer wird zudem ein Mitglied der Geschäftsleitung pensioniert. Auf der Suche nach einer Nachfolge sei man bisher nicht fündig geworden, so Müller. Andere vakante Stellen habe man besetzt.

Zu viele Stellen und zu wenig Schulkinder gab es dagegen im Heilpädagogischen Zentrum für Werkstufe und Berufsvorbereitung (HZWB) in Othmarsingen. Dies, weil die vom Kanton vorgesehenen 80 Schulplätze nicht belegt werden konnten. «Auf dieses Schuljahr haben wir von acht auf sechs Bildungsgruppen reduziert», wie Müller erklärt. Schon im kommenden Schuljahr sei mit dem Kanton aber ein neues Angebot an diesem Standort vorgesehen. Details dazu sollen bald folgen. Gut gestartet sei man dafür im kooperativen Kindergarten in Entfelden.

Ein immer wieder diskutiertes Problem ist Müller zufolge, dass die Betreuung von Menschen mit hohem Pflegebedarf unterfinanziert ist. Seit diesem Sommer sei beim Kanton eine entsprechende Arbeitsgruppe eingesetzt worden, in der auch die Stiftung Schürmatt vertreten ist. «Weil der Kanton eine Lösung auf das Jahr 2026 anstrebt, haben wir uns um eine Zwischenlösung bemüht», sagt Müller. So wurde die Inhouse-Spitex gegründet. Jetzt warte man auf die Bewilligung von der Gesundheitsdirektion. Ist die eingetroffen, könne ein Teil der Kosten der Pflege abgedeckt werden.